

# Europa muss globale Wettbewerbsfähigkeit stärken – zu aktuellen Plänen der EU

Marcus Dittfeld, 08.05.2018

**Kontakt:**

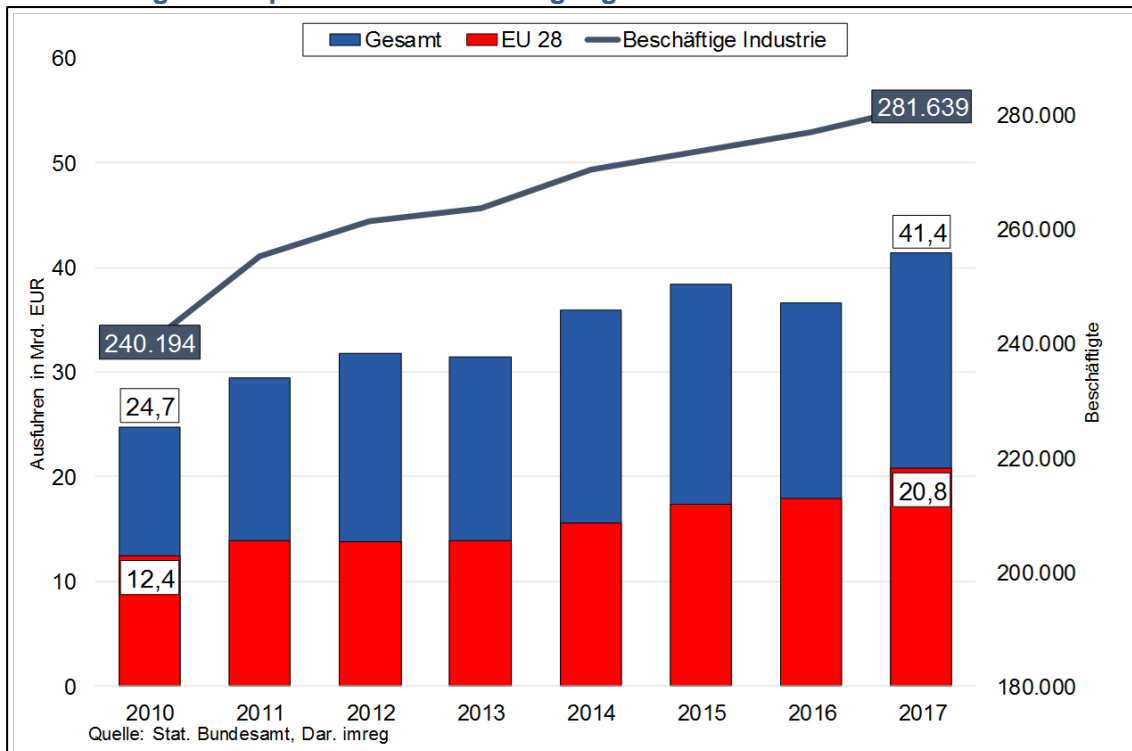
Tel. 0351 25593-602 . Fax 0351 25593-605 . info@imreg.de

## Sachsen auf erfolgreiches Europa angewiesen

Der europäische Einigungsprozess hat dem Kontinent eine nie dagewesene Friedensperiode beschert. Dies allein ist ein unschätzbare Wert. Sachsen profitierte zudem wie kaum eine andere Region von der zunehmenden wirtschaftlichen Integration und der Unterstützung aus wirtschaftlich stärkeren Gebieten in den letzten Jahrzehnten.

Die Hälfte der sächsischen Exporte - vor allem Investitionsgüter wie Fahrzeuge und Maschinen sowie Teile hierfür und Elektronik - gingen im letzten Jahr in die EU-Länder. Allein seit 2010 haben sich die Ausfuhren Sachsens in die EU um 68 Prozent erhöht. Insgesamt stiegen die sächsischen Exporte so stark wie in keinem anderen Bundesland in dem Zeitraum. Von den ostdeutschen Ländern erreicht der Freistaat mit Abstand die höchste Exportintensität. Dank der Erfolge auf den Exportmärkten nahm die Anzahl der Industriebeschäftigten mit 40.000 neuen Arbeitsplätzen auf jetzt über 280.000 deutlich zu. Davon profitierten Handwerk und Handel vor Ort und nicht zuletzt spiegelt sich diese positive Entwicklung auch in einem steigenden Lohn- und Steueraufkommen wider.<sup>1</sup>

### Entwicklung von Exporten und Beschäftigung in Sachsens Industrie



Der Freistaat ist damit auf eine erfolgreiche Weiterentwicklung Europas angewiesen. Insofern sind auch die Pläne der Europäischen Kommission zur Weiterentwicklung der Union von einer hohen Bedeutung für Sachsen. Die Kommission hat bereits im März 2017 ein sogenanntes Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf verschiedenen Zukunftsszenarien und im Anschluss hieran tiefergehende Reflexionspapiere zu einzelnen Politikbereichen veröffentlicht.

Kern der Debatten ist die weitere strategische Ausrichtung der EU. Die hier präsentierten Szenarien reichen zwar von einem „Weiter wie bisher“, einer Refokussierung auf den Binnenmarkt, einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten („Wer mehr will, tut mehr“), einer Konzentration auf ausgewählte Schwerpunktbereiche („Weniger, aber effizienter“) bis hin zu einer verstärkten Integration und Harmonisierung innerhalb der gesamten EU<sup>2</sup>. Allerdings ist die Prämisse der Kommission innerhalb der Reflexionspapiere deutlich an einer verstärkten Integration und Harmonisierung erkennbar.

## Westeuropa global mit höchstem Sozialanteil – Quote steigt weiter

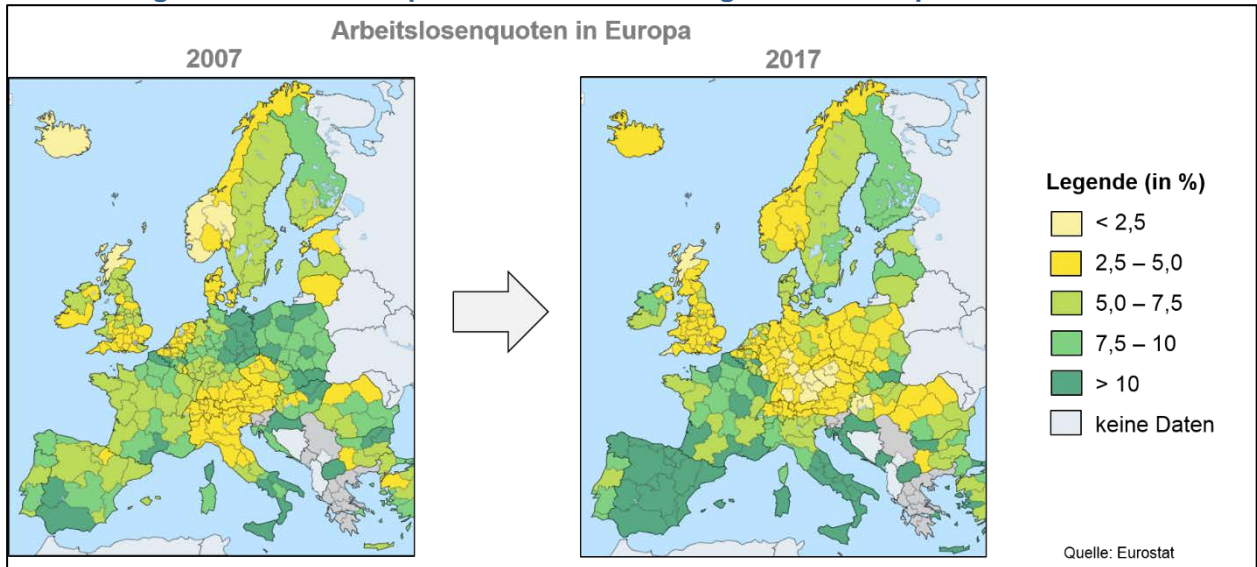
Gutes Beispiel hierfür ist das Reflexionspapier zur sozialen Dimension, welches bspw. bereits die Zukunftsszenarien „Schwerpunkt Binnenmarkt“ und „Weniger, aber effizienter“ außer Acht lässt und sich mit Blick auf die geführten Vor- und Nachteile implizit für eine stärkere Harmonisierung ausspricht. So wäre „bei Einigkeit unter den 27 [...] Europa bestens aufgestellt, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen, und in puncto Stärke und internationale Stellung läge Europa ganz vorne.“<sup>3</sup>

Demnach könnte und sollte sich die EU stärker auf Beschäftigungsförderung, die Verbesserung und Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, einen stärkeren sozialen Schutz und die Bekämpfung von Ausgrenzung konzentrieren. Obwohl dies offensichtlich dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) entgegenläuft, der eine Harmonisierung im Sozialbereich explizit ausschließt (Art. 153 Abs. 2 a AEUV) und stattdessen den Vorrang der Wettbewerbsfähigkeit betont (Art. 151 S. 2 AEUV), scheint die Richtung damit vorgegeben.

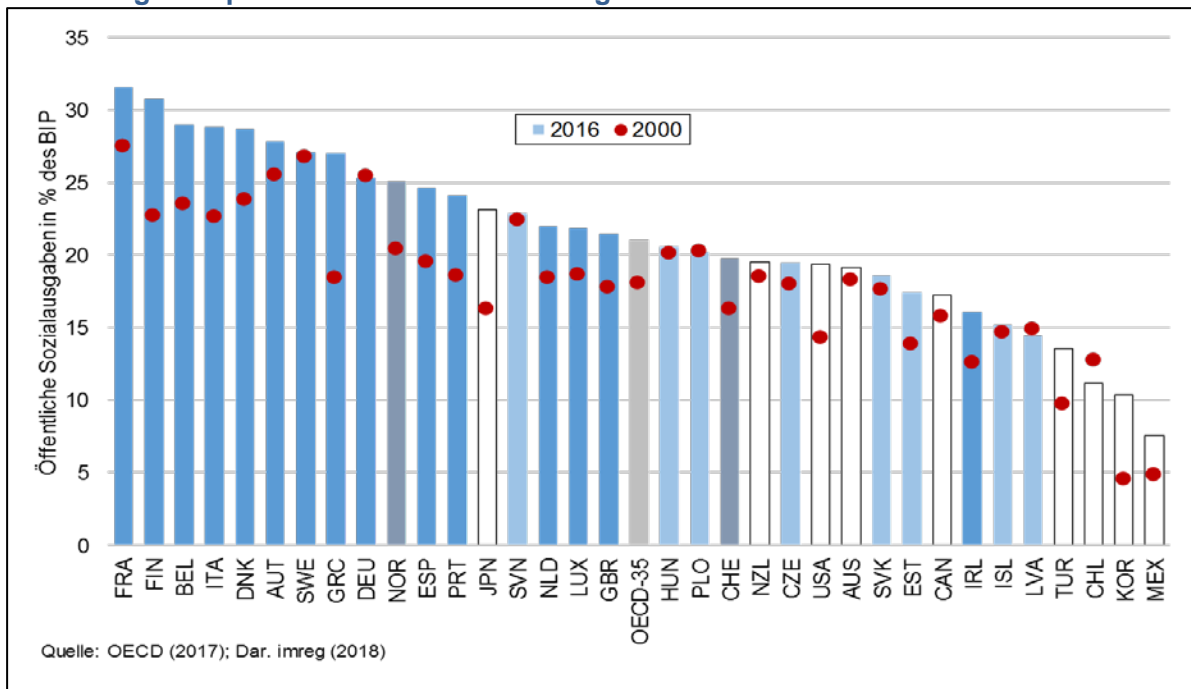
Ohne Zweifel stehen die EU-Mitgliedstaaten vor großen Herausforderungen zur Sicherung ihres Sozialstaates. So stellen die demografische Entwicklung und der fortschreitende wirtschaftliche Strukturwandel Europa vor entsprechende Herausforderungen, zumal das Bildungsniveau mehrheitlich hinter dem anderer Industrieländer zurückbleibt<sup>4</sup>. Dabei ist bereits jetzt die Arbeitslosigkeit – und hier vor allem diejenige von Jugendlichen – im internationalen Vergleich weit überdurchschnittlich (17 Prozent im Jahresdurchschnitt 2017<sup>5</sup> gegenüber 13 Prozent weltweit<sup>6</sup>). Die Erwerbslosenquote liegt zudem nach wie vor über dem Niveau von vor Beginn der Wirtschaftskrise<sup>7</sup>. Allerdings hat sich die regionale Ausprägung der Erwerbslosigkeit in den letzten zehn Jahren innerhalb der EU massiv verschoben. Waren vor zehn Jahren noch die osteuropäischen Länder von Massenarbeitslosigkeit

betroffen, tendieren diese in weiten Teilen inzwischen zu Vollbeschäftigung. Dagegen hat sich in den west- und vor allem südeuropäischen Regionen die Arbeitslosigkeit im Zuge der Wirtschaftskrise deutlich verschärft.

### Entwicklung der Arbeitslosenquoten nach NUTS-2-Regionen in Europa



### Sozialausgabenquote im internationalen Vergleich



Allerdings verfügen gerade diese Länder bereits über ein stark ausgeprägtes Sozialsystem. Der Anteil von Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt ist im Gegenteil in fast allen westeuropäischen Staaten viel höher als im Durchschnitt der Industrieländer oder als in Osteuropa, das sich dank wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren zu einem attraktiven Investitionsstandort entwickelt hat und sich so in einem erfolgreichen wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess befindet. In den meisten westeuropäischen Staaten nahm die Sozialquote seit 2000 sogar weiter zu. Entsprechend kommen Analysen zu dem Ergebnis, dass in der EU 40 Prozent der weltweiten öffentlichen Sozialausgaben getätigt werden, bei einem Bevölkerungsanteil von 7 Prozent und einem Anteil von weniger als einem Viertel an der globalen Wirtschaftsleistung<sup>8</sup>.

## **Sicherung des Sozialstaates braucht stärkere wirtschaftliche Dynamik**

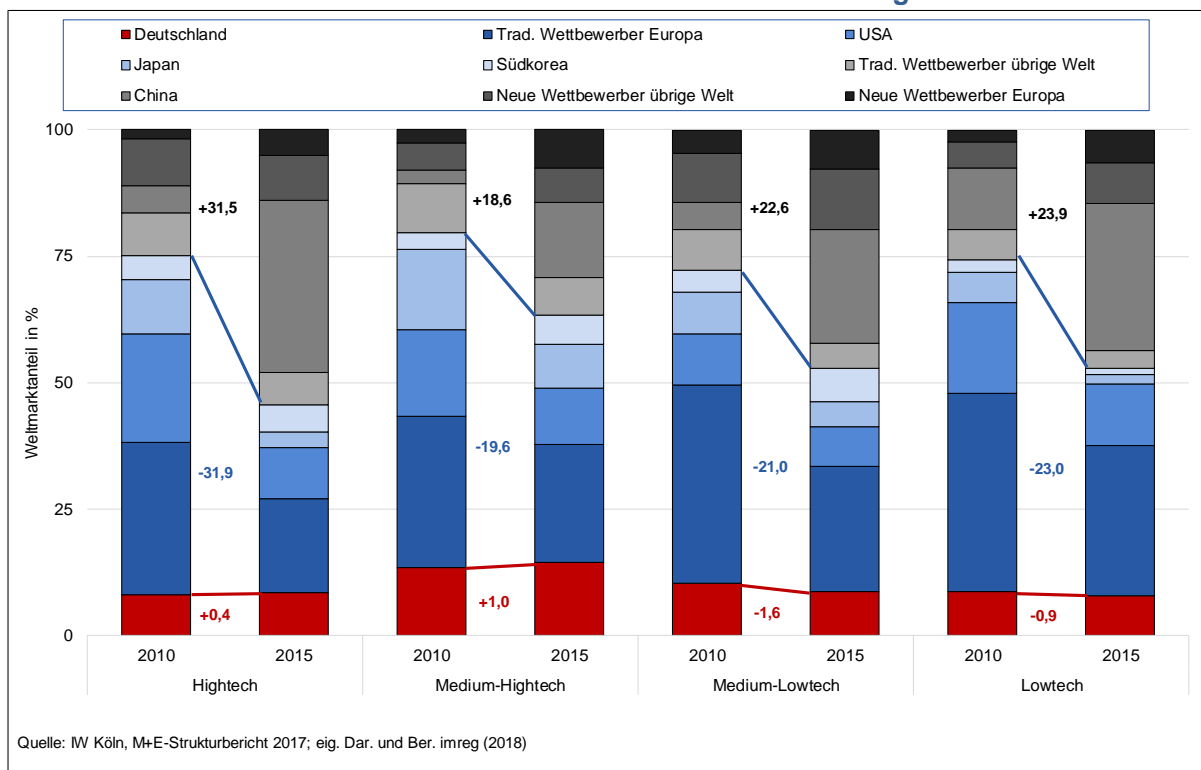
Europas Sozialsystem ist mit anderen Worten bereits das weltweit am stärksten ausgebaute. Dass dennoch oftmals ein Gefühl von „Sozialabbau“ besteht oder suggeriert werden kann, kann mit den oben genannten Problemen am Arbeitsmarkt und dem eingeschränkteren volkswirtschaftlichen Verteilungsspielraum im Zuge der Wirtschaftskrise erklärt werden. Allerdings spiegeln diese Defizite vor allem eine ungünstige Wettbewerbsfähigkeit in weiten Teilen West- und Südeuropas und eine dementsprechend unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung wider.

Mit 11 Prozent Wachstum nahm die Wirtschaftskraft in Europa seit Ende der Finanzkrise deutlich schwächer zu als in den USA (+16 Prozent). Weltweit war sogar ein Zuwachs von 28 Prozent zu verzeichnen. In Italien als drittgrößter Volkswirtschaft der Eurozone liegt die Wirtschaftskraft sogar rd. 6 Prozent unter dem Niveau von 2007. Auch Frankreich und Spanien entwickelten sich unterdurchschnittlich (+7 Prozent bzw. +3 Prozent). Zudem prognostiziert der IWF - nach Nachholeffekten in den beiden letzten Jahren, die durch die niedrigen Zinsen und den gesunkenen Ölpreis begünstigt wurden - eine mittelfristige Verlangsamung des Wachstums in der Eurozone und ein fortgesetzt unterdurchschnittliches Niveau im globalen Vergleich. So soll die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP bis 2023 mit 1,9 Prozent nur halb so hoch wie die weltweite liegen.<sup>9</sup>

Insgesamt wird deutlich, dass sich Europa zuvorderst Gedanken machen muss, wie sich der Verteilungsspielraum vergrößern lässt. Es ist in den vergangenen Jahren nicht ausreichend gelungen, über Wirtschaftswachstum den volkswirtschaftlichen Verteilungsspielraum auszuweiten. Die wahrgenommenen sozialen Probleme in der EU spiegeln in erster Linie wirtschaftsstrukturelle Defizite vor allem in west- und südeuropäischen Ländern wider. Diese verlangen nicht mehr Regulierung, sondern wachstumsfördernde Maßnahmen und Investitionen. Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sind mit anderen Worten die entscheidenden Voraussetzungen für Beschäftigung und eine nachhaltige Sozialpolitik.

Dies wird mit Blick auf die globalen Trends noch dringlicher. So nahm der Anteil an den weltweiten Exporten von Firmen aus Schwellen- und Entwicklungsländern in den letzten beiden Dekaden rasant zu. Die europäischen und auch sächsischen Unternehmen konkurrieren mit anderen Worten immer seltener mit Firmen oder Standorten in Europa. Der Wettbewerb hat sich vielmehr globalisiert. Dies gilt in zunehmendem Maße nicht nur für die Produktmärkte, sondern verstärkt auch für Investitions- und ganze Standortentscheidungen und beschränkte sich nicht allein – wie oft unterstellt – auf Lowtech-Bereiche; gerade auch in höherwertigen Segmenten ist dieser Trend zu beobachten.<sup>10</sup>

### Weltmarktanteile in der Metall- und Elektroindustrie nach Technologieintensität



Auch für Sachsens Außenhandel besitzt die EU zwar nach wie vor ein hohes Gewicht. Die beiden wichtigsten Exportmärkte waren 2017 aber mit weitem Abstand China und die USA. Die Exporte in beide Länder haben sich in den letzten Jahren zudem dynamischer als die in die EU entwickelt. Der wichtigste europäische Markt ist Großbritannien auf Rang drei, das aber bekanntermaßen seinen Austritt aus der EU erklärt hat.<sup>11</sup>

### EU muss globale Wettbewerbsfähigkeit stärken – Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards als Leitbild für Europas Zukunft

Zusammenfassend würde eine europäische Verteilungs- und Sozialpolitik lediglich Erwartungen wecken, die von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängen, aber nicht per Richtlinien verordnet

werden können. So droht wieder hauptsächlich ein Mehr an Vorschriften und Bürokratie, die es zu beachten und umzusetzen gilt. Stattdessen muss sich Europa an den Grundprinzipien von Subsidiarität und Sozialer Marktwirtschaft orientieren. In seinem Standardwerk „Wohlstand für alle“ warnte Ludwig Erhard eindringlich vor einem aus vermeintlichem Gerechtigkeitsinn überbordenden Sozialstaat:

„Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist.“<sup>12</sup>

Wenn es das bisherige Wohlstandsniveau finanzieren und fortschreiben will, braucht Europa vielmehr Maßnahmen, welche die wirtschaftliche Dynamik steigern. Dabei muss sich die EU auf Punkte mit echtem europäischen Mehrwert konzentrieren und den Regionen bessere Voraussetzungen für Investitionen zur Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit eröffnen. Konkrete Ansätze hierfür gibt es genug. Das Reflexionspapier selbst verweist auf die großen Defizite Europas im Bildungsreich, die sich angesichts der Überalterung und der Digitalisierung künftig noch negativer auszuwirken drohen<sup>13</sup>. Hier sollte beispielsweise auch ein Schwerpunkt der Kohäsionsfonds in der nächsten Förderperiode liegen, indem regionale Investitionen in eine moderne, zukunftsweisende Bildungsinfrastruktur und in lebenslanges Lernen unterstützt werden. Auch darf es nicht sein, dass Europa beim Ausbau von digitaler und analoger Infrastruktur weiter anderen Ländern hinterherhinkt.

Dass die Mittel der europäischen Forschungsrahmenprogramme beständig überzeichnet sind, obwohl sich das Antragsverfahren gerade für kleine und mittlere Unternehmen weiterhin als viel zu komplex erweist, muss ebenfalls behoben werden. Der Entwurf des mehrjährigen Finanzrahmens für den Zeitraum 2021-2027 sieht daher richtigerweise auch eine deutliche Aufstockung in dem Segment vor. Allerdings kommt die Gesamtausstattung des Bereichs Binnenmarkt, Innovation und Digitales trotz einer Aufblähung des Gesamtbudgets mit 187 Mrd. EUR auf 100 Mrd. EUR weniger als die Agrarsubventionen<sup>14</sup>.

Zudem fehlt es Europa bei größeren Investitionsvorhaben und Standortentscheidungen an Wettbewerbsfähigkeit - gerade wenn Investitionen in neue Produkte und innovative Prozesse anstehen. Auf der anderen Seite wird der größere Mittelstand bei Vorschriften wie der REACH-Verordnung auch aufgrund einer zu unflexiblen KMU-Definition wie Konzerne behandelt und entsprechend belastet<sup>15</sup>. Hier wäre ein an globalen Anforderungen orientiertes, wettbewerbsfähigeres Beihilferecht angezeigt, welches die KMU-Definition besser an die realen Gegebenheiten im Mittelstand anpasst und eine Unterstützung von Investitionen in Innovationen ermöglicht.

Dresden, 08.05.2018

- 
- <sup>1</sup> Imreg (2018): Export als Wachstumsmotor der sächsischen Wirtschaft – Risiken am Horizont
  - <sup>2</sup> EU-KOM (2017a): Weißbuch zur Zukunft Europas - Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien.
  - <sup>3</sup> EU-KOM (2017b): Reflexionspapier zur Sozialen Dimension Europas.
  - <sup>4</sup> Ebd.
  - <sup>5</sup> Vgl. Eurostat, Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen, Jahresdurchschnitte.
  - <sup>6</sup> Prognose für 2017; vgl. ILO (2016): Globale Jugendarbeitslosigkeit steigt wieder, Presseinformation vom 24. August 2016.
  - <sup>7</sup> Vgl. Eurostat, Arbeitslosenquote insgesamt, Jahresdurchschnitte.
  - <sup>8</sup> Angaben für das Jahr 2012 Quelle: Bertelsmann Stiftung (2015): Europas Sozialstaaten, Zeit zum Handeln!
  - <sup>9</sup> Vgl. Internationaler Währungsfonds (IWF) (2018): World Economic Outlook, April 2018.
  - <sup>10</sup> Vgl. IW Consult (2017): Vierter Strukturbericht für die M+E-Industrie in Deutschland, Gutachten im Auftrag des Arbeitgeberverbandes GESAMTMETALL, Köln/Berlin.
  - <sup>11</sup> Vgl. imreg (2018).
  - <sup>12</sup> Ludwig Erhard (1957): Wohlstand für alle.
  - <sup>13</sup> EU-KOM (2017b)
  - <sup>14</sup> Vgl. EU-KOM (2018): Ein moderner Haushalt für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027.
  - <sup>15</sup> Vgl. IW Köln (2018): Europäische Mittelstandspolitik - Eine kritische Bestandsaufnahme.